

NIEDERSCHRIFT

13. Sitzung des Stadtbezirksrates Bothfeld-Vahrenheide
am Mittwoch, 16. Januar 2008,
Stadtteiltreff Sahlkamp (großer Saal)

Beginn 18.00 Uhr
Ende 20.45 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

Bezirksbürgermeister Battefeld	(CDU)
Stellv. Bezirksbürgermeisterin Roggemann	(SPD)
Bezirksratsherr Bender	(FDP)
Bezirksratsherr Bittner	(FDP)
Bezirksratsherr Blaschzyk	(CDU)
Bezirksratsherr Bodirsky	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bezirksratsfrau Brauer	(SPD)
Bezirksratsherr Dewenter	(CDU)
Bezirksratsherr Emmelmann	(CDU)
Bezirksratsfrau Götze	(CDU)
Bezirksratsherr Grobe	(SPD)
Bezirksratsherr Grunenberg	(SPD)
Bezirksratsherr Grunenberg	(SPD)
Bezirksratsherr Hedrich	(SPD)
Bezirksratsfrau Kapitza	(CDU)
Bezirksratsfrau Krämer	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bezirksratsherr Meyer	(SPD)
Bezirksratsherr Dr. Rose	(CDU)
Bezirksratsherr Dr. Späth	(CDU)
Bezirksratsherr Spiegelhauer	(SPD)
Bezirksratsherr Wruck	(WfH)

Beratende Mitglieder:

(Ratsherr Böning)	(WfH)
(Ratsherr Borchers)	(SPD)
(Ratsfrau Fischer)	(SPD)
(Ratsfrau Handke)	(CDU)
(Ratsherr Hanske)	(SPD)
(Ratsherr Höntsch)	(Die Linke.)
(Beigeordneter Lensing)	(CDU)
(Ratsherr Meyburg)	(FDP)
(Ratsfrau Studier)	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
(Ratsfrau Tack)	(SPD)
(Ratsfrau Wagemann)	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verwaltung:

Herr Holland	OE 61.11	Bereich Stadtplanung
Frau Raab	OE 18.62.2	Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten
Herr Selig	OE 18.62.2	Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten

Presse:

Frau Benning
Frau Piepho-Schwien

Polizei:

Herr Schulz

Tagesordnung:

- I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L
 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
 2. EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE
 3. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 14.11.2007 und 05.12.2007
 4. Sachstandsberichte / Informationen der Verwaltung
 - 4.1. Einführung eines Stadtbezirksmanagements in Hannover (Informationsdrucks. Nr. 3017/2007 mit 1 Anlage)
 - 4.2. Sachaufklärung zum Beschluss der DS 15-2865/2007 - Namensgebung Wegeverbindung Laher Heide
 - 4.3. Erläuterung des Fachbereichs Umwelt und Stadtgrün zu Ersatzpflanzungen, insbesondere zum Thema "Drei Eichen" - Vortrag durch Frau Dr. Antje Brink
 5. A N F R A G E N
 - 5.1. der CDU-Fraktion
 - 5.1.1. Kindertagesstätte Carl-Sonnenschein-Haus (Drucks. Nr. 15-0015/2008)
 - 5.2. der SPD-Fraktion
 - 5.2.1. Verkehrsbehinderung durch ruhenden LKW/Bus-Verkehr in der Straße Hägewiesen/Dornröschenweg (Drucks. Nr. 15-0016/2008)
 6. A N H Ö R U N G E N

- 6.1. Förderung einer Krippengruppe in Trägerschaft des Vereins zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil Sahlkamp e.V.
(Drucks. Nr. 0027/2008)
- 6.2. 208. Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan Hannover Teilbereich 208.2: Lahe / Fachmarktansiedlung "Im Ure"

erneuter Aufstellungsbeschluss,
Beschluss zur (erneuten) frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
(Drucks. Nr. 3109/2007 mit 3 Anlagen)
- 7. E N T S C H E I D U N G E N
- 7.1. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1712
- Lahe / Garten- und Zoofachmarkt "Im Ure" -
Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
(Drucks. Nr. 15-3110/2007 mit 5 Anlagen)
- 7.2. EIGENE MITTEL des Stadtbezirksrates
- 7.2.1. Erneuerung Außengelände (Beihilfeantrag Nr. 43/2007)
(Drucks. Nr. 15-0087/2008)
- 7.2.2. Stadtbezirksratsempfang
(Drucks. Nr. 15-0088/2008)
- 8. A N T R Ä G E
- 8.1. der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 8.1.1. Fußgänger/Radfahrer-Ampel an der Querung Peter-Strasser-Allee /
Kugelfangtrift
(Drucks. Nr. 15-0008/2008)
- 8.2. der CDU-Fraktion
- 8.2.1. Beleuchtung der Betriebs- und Parkplatzfläche des Jugendzentrums Camp
Vahrenheide
(Drucks. Nr. 15-0002/2008)
- 8.2.2. Verkehrssicherheit Straße "Meierwiesen, General-Wever-Straße
(Drucks. Nr. 15-0004/2008)
- 8.2.3. Pflegezustand des Grundstückes Plauener Straße 35 A in Nachbarschaft zur
Neubebauung des früheren Klingenthal-Areals
(Drucks. Nr. 15-0005/2008)
- 8.2.4. Schutz der Eichenbäume Ecke Sünderstraße/Sahlkamp
(Drucks. Nr. 15-0006/2008)
- 8.3. der SPD-Fraktion

- 8.3.1. Bauliche Maßnahmen am Gebäude der Kindertagesstätte Carl – Sonnenschein Haus, Chemnitzer Str. 3 (Drucks. Nr. 15-3102/2007)
- 8.3.1.1. Bauliche Maßnahmen am Gebäude der Kindertagesstätte Carl – Sonnenschein Haus, Chemnitzer Str. 3 (Drucks. Nr. 15-3102/2007 N1)
- 8.3.2. Erneuerung des Verkehrsschildes „Getrennter Fuß- und Radweg“ und „Sonderweg Radfahrer“ an der Straßenbahnhaltestelle Papenwinkel (Drucks. Nr. 15-0007/2008)
- 8.3.3. Aufstellen von Gefahrzeichen 136 („Kinder“) im Stadtbezirk nach der Allgemeinen VwV zur Straßenverkehrsordnung (Drucks. Nr. 15-0018/2008)
- 9. MITTEILUNGEN
- II. NICHTÖFFENTLICHER TEIL
- 10. Informationen über Bauvorhaben

I. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1.

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Bezirksbürgermeister Battefeld eröffnete die Sitzung, stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest und wies auf den Nachtrag, der unter TOP 4.3. auf die Tagesordnung genommen wurde, hin. Die vorliegende Tagesordnung wurde so bestätigt.

TOP 2.

EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE

Es gab keine Meldungen aus der Einwohnerschaft.

TOP 3.

Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 14.11.2007 und 05.12.2007

Bezirksratsherr Meyer fragte zur Niederschrift vom 14.11.2007 nach, wie ein Sachverhalt, der auf eine zu Protokoll gegebene Frage in der Niederschrift dargestellt wurde, zeitlich einzuordnen sei.

Frau Raab erläuterte, dass es sich um einen als Protokollhinweis durch

Kursivschrift kenntlich gemachten Einschub handele.

Bezirksratsherr Wruck bat darum, Protokollhinweise künftig durch Klammern kenntlich zu machen.

Niederschrift vom 14.11.2007 **mit 1 Enthaltung bestätigt**

Niederschrift vom 05.12.2007 **einstimmig bestätigt**

TOP 4.

Sachstandsberichte / Informationen der Verwaltung

TOP 4.1.

Einführung eines Stadtbezirksmanagements in Hannover (Informationsdrucksache Nr. 3017/2007 mit 1 Anlage)

Bezirksbürgermeister Battefeld begrüßte den Leiter des Fachbereichs Steuerung, Personal und Zentrale Dienste **Herrn Härke**, der die Informations-Drucksache 3017/2007 vorstellen werde, und fragte die Fraktionen, ob Sie hierzu eine zusätzliche Folienpräsentation wünschten.

Die Fraktionsvorsitzenden erklärten sich mit einem mündlichen Vortrag einverstanden.

Herr Härke verteilte die Gliederung seines Vortrages als Tischvorlage und ging zunächst auf den in der Sitzung des Stadtbezirksrates Bothfeld-Vahrenheide am 05.12.2007 beschlossenen Antrag ein, der parallel zur Einführung eines Stadtbezirksmanagement die Erarbeitung einer Kompetenzstärkung für die Bezirksräte intendiere und den er als wohlwollende Stellungnahme des Bezirksrates zum Stadtbezirksmanagement auffasse.

Herr Härke stellte die Informationsdrucksache vor und gliederte das Konzept dabei in drei Schwerpunkte: die Innenwirkung, die Außenwirkung sowie das Zusammenwirken von Innen und Außen.

Wegen im Vorfeld geäußerter Befürchtungen einer Konkurrenz zu den Aufgaben des Stadtbezirksrates betonte Herr Härke, dass es Schwerpunkt des Stadtbezirksmanagements sei, die Verwaltung stärker auf die Stadtbezirksebene auszurichten und das Handeln der Fachbereiche entsprechend zu koordinieren. Hierzu sei der Stadtbezirksmanager/die Stadtbezirksmanagerin mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet und kooperiere mit anderen Verwaltungsmitarbeitern, die auf Stadtbezirksebene tätig seien.

Herr Härke stellte im Folgenden die Zusammenarbeit mit dem Bezirksrat und dem/der Bezirksbürgermeister/-in und die diesbezüglichen Funktionen des Stadtbezirksmanagements dar. Er/sie stehe als Ansprechpartner/-in als zusätzliches Angebot zur Verfügung, ohne andere Ansprechpersonen zu ersetzen. Ebenso verhalte es sich für Akteure im Stadtbezirk.

Herr Härke erläuterte anhand von Beispielen, welche Themen von besonderer Bedeutung sein können, so dass sie in den Aufgabenbereich des Stadtbezirksmanagements fallen.

Weiterhin führte **Herr Härke** anhand der Drucksache aus, wo das

Stadtbezirksmanagement angesiedelt ist, wie die Zusammenarbeit mit der Bezirksratsbetreuung aussehen soll und in welcher Form eine Auswertung des Instruments Stadtbezirksmanagement vorgesehen ist.

Bezirksbürgermeister Battefeld dankte Herrn Härke für seinen Vortrag und übergab die Sitzungsleitung an die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Frau Roggemann.

Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Roggemann gab Bezirksbürgermeister Battefeld das Wort für eine inhaltliche Stellungnahme zur Sache.

Bezirksbürgermeister Battefeld begrüßte grundsätzlich die Absicht, das Zusammenwirken zwischen Bezirksräten und Verwaltung zu stärken sowie auch die Kompetenzen der Bezirksräte zu erweitern und bemerkte, dass er eine Einschränkung von Einwirkungsmöglichkeiten der Bezirksräte durch das Stadtbezirksmanagement nicht befürchte. Allerdings stelle er angesichts der Kosten von 700.000 € die Notwendigkeit einer zusätzlichen Koordination zwischen den Fachbereichen grundsätzlich in Frage, auch wenn er in der Vergangenheit häufiger unzufrieden mit dem Zusammenspiel und der Bearbeitungsgeschwindigkeit durch die Fachbereiche gewesen sei. Vom Bereich für Rats- und Bezirksratsangelegenheiten fühle er sich immer gut und engagiert betreut.

Bezirksbürgermeister Battefeld erinnerte an den historischen Zusammenhang zwischen Dienstpostenbewertung der entsprechenden Mitarbeiter und der Eingemeindung von Umlandgemeinden. In der Informationsdrucksache würden allerdings Tätigkeiten neu bewertet, für die er die Verantwortlichkeiten und Dienstpostenbeschreibung entsprechend der angestrebten Eingruppierungshöhe noch nicht sehe. Er habe diese mit Fingerspitzengefühl ausgestattete Person im Vorfeld schon einmal als "kleinen Stadtdirektor" bezeichnet. Im Vergleich mit dem heutigen Zustand sehe er nicht, warum nun zwei Personen mit diesen Verantwortlichkeiten betraut werden müssten und wie das Zusammenspiel hier geschehen solle. Er räume ein, dass man sich sicher an die in der Informationsdrucksache beschriebenen Änderungen erst einmal gewöhnen müsse.

Bezirksbürgermeister Battefeld fasste zusammen, dass seine Zweifel in erster Linie den zusätzlichen Kosten gelten würden und er insofern für Erläuterungen dankbar wäre, die seine Zweifel zerstreuen würden.

Herr Härke stellte zunächst richtig, dass sich die Kosten des Stadtbezirksmanagements nach den Angaben in der Informationsdrucksache auf 570.000 € jährlich beliefen. Gleichzeitig würden die Gesamtpersonalkosten im Vergleich zum Vorjahr um 10 Millionen € abgesenkt werden. Auf eine noch höhere Absenkung würde mit der Einrichtung der Stellen für das Stadtbezirksmanagements verzichtet, weil sie für die Verwaltung von besonderer Bedeutung seien, da hiermit eine stärkere Stadtbezirksorientierung der Stadtverwaltung implementiert werde. Es habe einen guten Austausch zwischen dem Oberbürgermeister und den Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeistern gegeben, wo auch die Zufriedenheit mit der Bezirksratsbetreuung betont worden sei, die ja auch weiter erhalten bleiben solle. Es habe beispielsweise jedoch bis vor eineinhalb Jahren keine Abstimmung zwischen Schul- und Jugendhilfeplanung gegeben. An solchen Stellen sei eine bessere, einheitlichere und auf die Stadtbezirke ausgerichtete Koordination nötig.

In bezug auf die Stellenbewertung erläuterte Herr Härke, dass man auch die

Entscheidungs- und Durchsetzungskompetenz des Stadtbezirksmanagements gegenüber Fachbereichs- und Bereichsleitungen mit einbeziehen müsse. Insofern stimme die Einschätzung von Bezirksbürgermeister Battefeld, dass es sich aufgrund der nun erarbeiteten Arbeitsplatzbeschreibung um eine Eingruppierung im Bereich Endstufe gehobener Dienst, Anfangsstufe höherer Dienst handeln werde.

Bezirksbürgermeister Battefeld übernahm wieder die Sitzungsleitung.

Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Roggemann fragte nach Entscheidungskompetenz und Weisungsbefugnis des Stadtbezirksmanagers.

Bezirksratsherr Emmelmann merkte an, dass es trotz der Personalkosteneinsparung in Höhe von 10 Millionen um erhebliche Mehrausgaben gehe. Es stelle sich die Frage, ob für die vom Oberbürgermeister in Aussicht gestellte Stärkung der Bezirksräte wirklich weiteres Personal notwendig sei oder es nicht sinnvoller wäre, diese zusätzlichen Mittel den Bezirksräten zur Verfügung zu stellen. Er sehe gewisse Widersprüche in dem Konzept, wenn der Stadtbezirksmanager Entscheidungskompetenz haben, aber nicht bevormunden solle. Fraglich sei ja auch, ob er mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet sein werde.

Herr Härke bestätigte, dass in dem Konzept noch nicht alles festgelegt sei. Es sei jedoch an dieser Stelle die Frage, welches Vorgehen der richtige Weg sei. Wenn man alles bis in das Organisatorische genau von vorneherein festlege, setze man sich dem Vorwurf aus, keine offene Diskussion mehr führen zu können. Beim gewählten Weg setze man sich anders herum dem Vorwurf aus, dass vieles noch nicht genau geregelt sei. Im vorliegenden Fall werde vieles darum gehen, wie die eingesetzten Stadtbezirksmanager in den Stadtbezirken in der Praxis arbeiten werden. Außerdem ersetze eine Informationsdrucksache auch nicht eine Organisationsverfügung über Spielregeln und Regularien zwischen Stadtbezirksmanager/Stadtbezirksmanagerinnen und den übrigen Teilen der Verwaltung. Der Oberbürgermeister habe den Bezirksbürgermeistern und Bezirksbürgermeisterinnen zugesagt, ergänzende Papiere zu den weiteren Regelungen im Entwurfsstadium mit ihnen zu besprechen.

Herr Härke stimmte zu, dass es sich bei der Rollenverteilung zwischen Bezirksratsbetreuung und Stadtbezirksmanagement um Neuland handle. Das Aufgabengebiet des Stadtbezirksmanagements gehe aber über den Stadtbezirksrat hinaus, der ja nicht mit dem Stadtbezirk identisch sei, sondern lediglich seine politisch legitimierte Vertretung.

Herr Härke erläuterte, dass in der ebenfalls genannten Zahl von über 700.000 € Personalmehrausgaben auch andere Maßnahmen enthalten seien als das Stadtbezirksmanagement.

Herr Härke erläuterte zur Frage der Weisungsbefugnis, dass auch heute schon Bezirksratsbetreuer oder Koordinator versuchen, gemeinsames Handeln innerhalb der Verwaltung zu verabreden, aber keine Möglichkeiten hätten, bei Widerspruch eine Einigung herbeizuführen. Hierzu hätte jedoch später der Stadtbezirksmanager, die Stadtbezirksmanagerin die nötige Kompetenz, indem er oder sie ggf. die zuständigen Dezernenten oder den Oberbürgermeister hinzuziehen könnten. Solche Kompetenzen seien in der Arbeitsplatzbeschreibung

auch für die Stellenbewertung relevant. Die Bezeichnung "Manager" diene hierbei

vor allem der Abgrenzung zu den bekannten Koordinatoren und ihren Kompetenzen.

Auf Nachfrage der **stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin Roggemann** erläuterte **Herr Härke**, dass die Stadtbezirksmanager im Fachbereich 18 mit ihm zur Person als Fachbereichsleiter, sowie Herrn Seinige als Bereichsleiter im Dezernat des Oberbürgermeisters angesiedelt seien.

Bezirksratsherr Blaschzyk fragte nach dem Verhältnis von Entscheidungsbefugnis und Präsenz des Stadtbezirksmanagers im Bezirk und der in Aussicht gestellten Stärkung der Bezirksräte, die er eher auf diese Weise eingeschränkt sehe.

Bezirksratsherr Bodirsky sagte, dass er das Stadtbezirksmanagement als Chance für eine Aufwertung der Bezirksräte einschätze, auch mit den dafür eingestellten Mitteln. Es gebe aus seiner Sicht einige Fälle in der Vergangenheit, wo der Bezirksrat von Fachverwaltungen hingehalten worden sei, wobei er sich vom Stadtbezirksmanagement Unterstützung verspreche. Er bekräftige noch einmal die Intention des beschlossenen Antrages, zeitgleich die Stärkung der Rechte der Bezirksräte anzugehen. Von entsprechenden Planungen habe er leider bislang noch nichts gehört. Beispielsweise sei eine bezirksbezogene Darstellung des Haushaltes eine sehr wünschenswerte Erleichterung der Arbeit der Bezirksräte. Da es auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit des Stadtbezirksmanagers mit dem Bezirksrat ankomme, stelle er zudem die Frage, ob der Bezirksrat die Möglichkeit bekommen solle, den Stadtbezirksmanager im Vorfeld kennen zu lernen und ein Meinungsbild für die Personalauswahl abzugeben.

Herr Härke stellte noch einmal klar, dass Stadtbezirksmanagement und Stärkung der Bezirksrätekompetenzen zwei verschiedene Instrumente seien. Die Einführung des Stadtbezirksmanagements zielen auf eine stärkere Stadtbezirksorientierung der Verwaltung, was indirekt für die Stadtbezirksräte auch ein Vorteil sei. Um hier entsprechend ausgleichend die Stadtbezirksorientierung nicht nur in der Verwaltung zu stärken, müsse eine Kompetenzstärkung der Bezirksräte ebenfalls erfolgen. Hierbei habe Verwaltung jedoch eher moderierende Funktion, da die zusätzlichen Kompetenzen vom Rat der Stadt kommen müssten. Beim letzten Treffen mit den Bezirksbürgermeistern und Bezirksbürgermeisterinnen am 12.11.2007 habe Herr Weil zugesagt, dass es hierzu einen Verfahrensvorschlag geben werde. Dieser werde in die Geschäftsordnungskommission des Rates im ersten Quartal eingebracht. Hierbei könne man sich an dem Verfahren in 1996 orientieren, bei dem eine Kommission aus Rats- und Bezirksratsmitgliedern und Verwaltung gebildet wurde. Dieser Vorschlag wird auch als Entscheidung auf den beschlossenen Antrag dem Bezirksrat Bothfeld-Vahrenheide entsprechend zugeleitet werden.

Herr Härke berichtete, dass das Ausschreibungsverfahren noch nicht abschließend geklärt sei. Eine direkte Beteiligung der Bezirksräte an der Personalauswahl habe es auch bei der Einstellung von Bezirksratsbetreuern in der Vergangenheit nicht gegeben, eine sachgerechte Auswahl sei jedoch dennoch möglich gewesen. In diesem Sinne sei eher eine informelle Beteiligung vorstellbar.

Bezirksratsherr Dr. Rose bedauerte die Ablehnung der Mitwirkungsmöglichkeiten des Bezirkrates an dieser Stelle, wo der Stadtbezirksmanager als kleiner Verwaltungschef auf Stadtbezirksebene doch auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Bezirksrat angewiesen sei, analog dem früheren Oberstadtdirektor. In diesem Rückzug auf die reine Verwaltungsebene und den andererseits versprochenen Vorteilen für die politische Ebene sehe er einen

gewissen Widerspruch.

Bezirksratsherr Dr. Rose fragte danach, wem der Stadtbezirksmanager weisungsrechtlich unterstellt sei, wem gegenüber er weisungsbefugt sei und ob er in seiner Entscheidungskompetenz an die Beschlüsse des Bezirkrates gebunden sei. Die Verknüpfung der Durchsetzungsfähigkeit der zukünftigen Stadtbezirksmanager gegenüber Fachbereichsleitungen mit deren Besoldungsstufe sehe er kritisch.

Bezirksratsherr Dr. Späth stellte in Frage, ob für den Bürger nachvollziehbar sei, warum die vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit von Bezirksrat, Betreuung und Koordinatorin nun einen zusätzlich übergeordneten Stadtbezirksmanager erfordere und ob dies nicht als Entwertung empfunden werde. Er sei sich über die Aufgabenteilung zwischen Koordinatorin und Stadtbezirksmanager nicht im Klaren.

Bezirksratsherr Dr. Späth sagte, dass er aufgrund den in der Informationsdrucksache beschriebenen Aufgaben und Anforderungen sowie der schon für Frühjahr 2009 anvisierten Evaluation eine große Überforderung für die zukünftigen Stadtbezirksmanager befürchte, zumal diese sich ja erst mit dem jeweiligen Stadtbezirk vertraut machen müssten.

Herr Härke stellte seine Vermutung dar, dass aus dem Kreis der Bezirksratsbetreuer und -betreuerinnen sowie der Koordinatorinnen und Koordinatoren Bewerbungen für das Stadtbezirksmanagement erfolgen werden, sodass es sich keineswegs nur um Personen handeln werde, für die die Stadtbezirke Neuland seien. Im Hinblick auf die befürchtete Überforderung müsse man ja das Konzept als die theoretische Grundlage einer praktischen Handlung sehen, welche sehr von den handelnden Personen abhängig sein werde. Eine komplette Abarbeitung sämtlicher Konzeptbausteine in kürzester Zeit wäre ja nicht zwangsläufig zu erwarten. Unter anderem werde es auf die Einstellungsfähigkeit und Kommunikationsfähigkeit der zukünftigen Stadtbezirksmanager und -managerinnen ankommen.

Herr Härke betonte, dass es absolut nicht beabsichtigt sei, Bezirksratsmitglieder arbeitslos zu machen. Man sei auf die Zustimmung der Bezirkräte nach der Einführungszeit angewiesen, eine Konkurrenz könne überhaupt nicht im Interesse der Verwaltungsspitze sein.

Herr Härke konkretisierte seine Aussagen dahingehend, dass die Dienst- und Fachaufsicht bei ihm selbst als Fachbereichsleiter liege. Entsprechend dem Konzept habe der Stadtbezirksmanager die Kompetenz, die Fachbereiche an einen Tisch zu holen und eine Entscheidung herbeizuführen, ohne dass eine Weisungsbefugnis damit verbunden sei. Dies sei wesentlich mehr als beispielsweise die Kompetenzen im Rahmen der vernetzten Dienste hergegeben hätten.

Zur Verknüpfung der Kompetenz mit der Stellenbewertung führte **Herr Härke** aus, dass dies nicht grundsätzlich gegeben sei, aber bei der Einschätzung von Standing und Background gegenüber einer Führungsebene schon eine Rolle spiele.

Bezirksbürgermeister Battfeld bat um kürzere Redebeiträge angesichts der fortgeschrittenen Zeit.

Bezirksratsherr Emmelmann regte als Alternative an, die vorhandenen

Koordinatoren mit erweiterten Kompetenzen auszustatten und die restlichen Mittel für die Schulsanierung zu verwenden.

Bezirksratsherr Wruck räumte die grundsätzliche Organisationshoheit der Verwaltung in dieser Sache ein, das Stadtbezirksmanagement habe jedoch Außenwirkung als Konkurrenz zu Bezirksrat und Bezirksbürgermeister. Es werde für den Bürger unklar sein, an wen er sich wenden solle. Es solle aus seiner Sicht auf eine der beiden Funktionen von Koordinator und Manager verzichtet werden, um Konkurrenz und Reibungsverluste zu verringern.

Herr Härke merkte an, dass Einwohnerinnen und Einwohner sich auch heute schon direkt an die Verwaltung wenden und nicht erst an den Bezirksbürgermeister, ohne dass es eine Konkurrenz gebe. Beide Wege würden weiterhin nebeneinander existieren.

Herr Härke kündigte erneut an, dass es weitere Regelungen geben werde, die das Zusammenspiel zwischen den Beteiligten weiter klären würden.

Bezirksratsherr Blaschzyk fragte danach, ob Stadtbezirksmanager selber parteipolitisch aktiv sein dürften.

Bezirksratsherr Meyer stellte seine Sicht dar, dass Stadtbezirksmanager in erster Linie Doppelarbeiten in der Verwaltung vermeiden sollten. Seine Fraktion stelle immer wieder fest, dass es nicht so einfach sei, verschiedene Verwaltungsbereiche zu koordinieren.

Bezirksratsherr Harry Grunenberg gab seiner Verwunderung über die ablehnende Haltung von Teilen des Bezirksrates Ausdruck. Seine Fraktion habe beispielsweise im Zuge einer eigenen Aufstellung einige unerledigte Fälle gefunden, die bislang nicht bearbeitet worden seien. Hier erhoffe man sich vom Stadtbezirksmanager Unterstützung, diese Dinge weiter voranzutreiben. Er appelliere daran, keine Angst vor Konkurrenz zu haben. Ihn würde noch interessieren, ob der Sitz des Stadtbezirksmanagers im Rathaus oder auch in den einzelnen Bezirken sein werde.

Herr Härke antwortete, dass der Sitz im Rathaus sein werde, auch wenn die Stadtbezirksmanager viel im Stadtbezirk unterwegs sein würden. Eventuell anzudenkende Sprechstunden wären sicher auch nur in Übereinkunft mit dem Bezirksbürgermeister denkbar.

Herr Härke bekräftigte, dass es in der Evaluation darauf ankommen werde, wie das Zusammenspiel zwischen Bezirksratsbetreuung und Stadtbezirksmanagement funktioniert, wobei es zu Verschiebungen kommen könne. Im Sinne von Vermeidung von Doppelarbeiten werde es aber auch hierbei denkbare Weiterentwicklungen geben können.

Herr Härke stellte klar, dass sie daran interessiert seien, für die Funktion der Stadtbezirksmanager keine unpolitischen Menschen aber auch keine parteipolitischen Menschen zu gewinnen. Vielfältigste Kompetenzen sollten eingebracht werden können.

Bezirksbürgermeister Battefeld dankte Herrn Härke für seine Ausführungen.

TOP 4.2.

Sachaufklärung zum Beschluss der DS 15-2865/2007 - Namensgebung Wegeverbindung Laher Heide

Bezirksbürgermeister Battefeld begrüßte **Frau Sufin**, Mitarbeiterin des Bereichs Geoinformation, zuständig für Straßenbenennungen und Hausnummernfestsetzungen.

Frau Sufin erläuterte anhand eines Kartenausschnittes die Problemlage der Benennung der Wegeverbindung zwischen den Straßen Im Heidkampe und Im Klingenkampe in Verlängerung der Laher Heide, entsprechend des in der Vorlage befindlichen Schreibens vom 13.12.2007 von Herrn Dr. Wegener. Eine bessere Ausschilderung zur besseren Auffindbarkeit der in diesem Bereich liegenden Häusergruppen, die zum Klingenkampe und zum Heidkampe zugeordnet seien, sei auf Wunsch des Bezirkrates inzwischen erfolgt.

Wenn man dem Beschluss des Bezirkrates folgen würde, die Wegeverbindung in Laher Heide zu benennen, wären neben diesen Anliegern weitere 56 Häuser im weiteren Verlauf der Laher Heide von einer Hausnummernänderung betroffen. Die Betroffenen hätten daraufhin die Möglichkeit einer Klage gegen diesen Verwaltungsakt.

Die Verwaltung schlage daher vor, eher einen eigenen neuen Namen für diesen Wegeabschnitt zu finden und bitte den Bezirksrat, seinen Beschluss entsprechend zu überdenken.

Bezirksratsherr Dr. Späth erinnerte daran, dass die Bezeichnung der Häusergruppen mit Im Heidkampe und Im Klingenkampe schon immer Bestand gehabt hätte. Durch eine Benennung des nunmehr asphaltierten Verbindungsweges durch das Landschaftsschutzgebiet mit Laher Heide, wo keine weitere Bebauung zu erwarten sei, mache aus seiner Sicht keine Änderung der postalischen Zuordnung dieser Häuser erforderlich.

Frau Sufin entgegnete, dass nach den fachlichen Regeln für die Vergabe von Hausnummern und Grundstücksbezeichnungen keine Möglichkeit bestehe, bei einer Benennung des Weges die postalische Zuordnung der anliegenden Häusergruppen nicht zu ändern.

Bezirksbürgermeister Battefeld schlug vor, dass die Fraktionen das Thema noch einmal in ihre Beratungen mitnehmen.

Bezirksratsherr Dr. Späth bat darum, die entsprechenden Regelungen zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Bezirksbürgermeister Battefeld bat darum, dies direkt mit der zuständigen Sachbearbeitung zu klären und dankte Frau Sufin für ihre Ausführungen.

Bezirksratsherr Hedrich fügte an, dass es darum gehe, dass die Benennung des Weges in Laher Heide kostenträchtige Adressenänderungen nach sich ziehen würde und dass er von daher nicht nachvollziehen könne, dass Herr Dr. Späth den Ausführungen der Verwaltung nicht folgen könne.

(Protokollhinweis: Die "Fachlichen Regeln zur Vergabe von Grundstücksbezeichnungen" werden gesondert übersandt.)

TOP 4.3.

Erläuterung des Fachbereichs Umwelt und Stadtgrün zu Ersatzpflanzungen,

insbesondere zum Thema "Drei Eichen" - Vortrag durch Frau Dr. Antje Brink

Bezirksbürgermeister Battefeld begrüßte **Frau Dr. Brink** vom Fachbereich Umwelt und Stadtgrün zum Thema Ersatzpflanzung für die "Drei Eichen".

Frau Dr. Brink knüpfte an die schriftliche Antwort auf die Anfrage aus DS 15-2580/2007 an, die vom Bezirksrat als unbefriedigend gewertet worden sei. Sie habe hierfür Verständnis, gab jedoch zu bedenken, dass diese Antwort mit der langen Geschichte dieses Vorganges zusammenhänge, die sie jetzt noch einmal kurz rekapitulieren wolle.

Generell sei nach Baumschutzsatzung eine Erlaubnis zur Beseitigung eines entsprechenden Baumes bzw. Strauches an die Forderung einer Ersatzpflanzung gebunden. Die Festsetzung von Ersatzpflanzungen sei vom Einzelfall abhängig, so vom Wert des Baumes, der Größe des Grundstückes, den Möglichkeiten für Ersatzpflanzungen usw.. Normalerweise gelte ein "Eins-zu-Eins-Ersatz", von dem es jedoch auch viele Ausnahmen gebe.

Bei Baumaßnahmen sei die Position der Baumschutzsatzung gegenüber dem Baurecht jedoch untergeordnet. Wenn die Nutzung eines Baugrundstückes erheblich durch Gehölzbestand eingeschränkt sei, gebe es verminderte Einflussmöglichkeiten. So könne in Verhandlungen mit dem Bauträger eine Anpassung des Baukörpers an den Baumbestand, die Verlegung von Zufahrten o.ä. vereinbart werden.

Im Fall von "Drei-Eichen" sei man bei diesen Verhandlungen zum Ergebnis gekommen, dass die drei Eichen erhalten bleiben könnten. Leider sei im Bescheid jedoch durch einen Fehler des Fachbereiches eine Freigabe der Fällung erfolgt. Durch diesen bedauerlichen Fehler hatte der Fachbereich nun nachträglich nicht mehr die Möglichkeit gegenüber dem Bauträger gehabt, eine angemessene Ersatzpflanzung durchzusetzen. Man habe anschließend im Zuge von weiteren Baumaßnahmen desselben Bauträgers dann jedoch noch versucht, einen ansatzweisen Ersatz für die drei Eichen zu erwirken, den der Bauträger dann auch geleistet habe. In Abstimmung habe man dann den nun gewählten Standort hierfür gefunden, der zwar sehr klein sei, jedoch die einzige Möglichkeit für eine Ersatzpflanzung in unmittelbarer Nähe im Stadtteil.

Der Fachbereich habe aufgrund der inzwischen getroffenen Feststellung, dass zwei der drei Bäume eingegangen seien, den Bauträger zum erneuten Ersatz aufgefordert. Aufgrund der Personalknappheit seien Kontrollen jedoch nur stichprobenartig möglich. Generell gebe es lediglich ein schriftliches Rückmeldeverfahren über die Durchführung von Ersatzpflanzungen. Man sei hier auf die Kooperation mit den Bauträgern angewiesen. In der Regel würde man sich auch über vernünftige Ersatzpflanzungen einigen können. Notfalls gebe es auch die Möglichkeit, über Ablösebeträge eine Ersatzpflanzung an anderer Stelle zu finanzieren.

Bezirksratsfrau Krämer erläuterte, dass sie ihre Nachfrage vor allem aufgrund der augenscheinlich mit einem Quadratmeter sehr geringen Anpflanzungsfläche für die drei Stämme stelle. In Anbetracht des zu erwartenden Alters von Eichen sei es aus ihrer Sicht fraglich, ob diese Pflanzung oder eher eine Ablösezahlung sinnvoller gewesen sei.

Bezirksratsfrau Krämer stellte außerdem die Frage, wie Baumschutzmaßnahmen auf Baustellen kontrolliert würden. Im vorliegenden Fall der Baustelle

Adolf-Emmelmann-Straße Ecke Heidkampe werde offenbar das Gebäude extra so gebaut, dass die Kastanie erhalten werden könnte. Die Planung sei insofern gut gewesen, die Durchführung in der Praxis jedoch sehr schlecht. Es seien keinerlei sinnvollen Schutzmaßnahmen getroffen worden, trotz ihr auch schriftlich zugesagter Kontrollen und Maßnahmen. Hier stelle sich die Frage nach den Prioritäten für Kontrollen.

Frau Dr. Brink ging auf die Pflanzung der drei Eichen auf der kleinen Fläche ein, die wie bereits ausgeführt nur der besonderen Lage in dem Fall geschuldet sei. Es sei dem Fachbereich darum gegangen, einen Platz in unmittelbarer Nähe des alten Standortes zu finden, um dem Stadtteil selbst den Ersatz zukommen zu lassen, anstelle einer Ablösezahlung. Die Anpflanzung der Baumgruppe sei nach interner Diskussion befürwortet worden, da auch eine eng gepflanzte Baumgruppe zusammenwachsen und somit ein schönes Bild bieten könne.

Frau Dr. Brink erläuterte zu dem zweiten Punkt, dass bei der angesprochenen Baustelle mehrfache Kontrollen durchgeführt worden seien, bei denen die entsprechenden Forderungen von dem Sachbearbeiter gestellt worden seien. Dennoch könne man nicht verhindern, dass sich einige nicht daran halten würden. Die Kapazitäten für solche Kontrollen würden sich auf Baustellen im gesamten Stadtgebiet verteilen und würden von daher oftmals nicht ausreichen.

Bezirksratsherr Emmelmann fragte nach, ob er es richtig verstanden habe, dass der Bauträger trotz des falschen Bescheides die Ersatzpflanzung bezahlt habe.

Frau Dr. Brink stellte richtig, dass die Ersatzpflanzung nicht mehr für die drei Eichen festgesetzt worden war, sondern für ein weiteres Bauvorhaben desselben Bauträgers. Sie ergänzte, dass dem Bauträger sehr wohl die Fehlerhaftigkeit des Bescheides bewusst gewesen sei, da dieser den vorherigen Absprachen widersprach.

Bezirksratsherr Emmelmann äußerte, dass er aufgrund des fehlerhaften Bescheides eine Ersatzpflanzung der Stadt auf eigene Kosten erwartet hätte.

Bezirksratsfrau Krämer fragte nach der Verhängung eines Bußgeldes für die fehlenden Baumschutzmaßnahmen an der in Frage stehenden Baustelle.

Frau Dr. Brink bestätigte, dass ein Bußgeldverfahren eingeleitet worden sei, welches vom Fachbereich Recht und Ordnung verfolgt werde.

Bezirksbürgermeister Battefeld dankte Frau Dr. Brink für ihren Vortrag.

Bezirksbürgermeister Battefeld fragte aufgrund der Länge der drei vorangegangenen Fachthemen nach dem Bedarf nach einer Pause. Dieses wurde jedoch einstimmig verneint.

**TOP 5.
ANFRAGEN**

**TOP 5.1.
der CDU-Fraktion**

**TOP 5.1.1.
Kindertagesstätte Carl-Sonnenschein-Haus
(Drucks. Nr. 15-0015/2008)**

Bezirksratherr Dewenter trug die Anfrage vor:

Die Kindertagesstätte Carl-Sonnenschein-Haus wurde Ende der 60-ziger Jahre in Betrieb genommen und war ursprünglich für höchstens 30 Jahre konzipiert. Mittlerweile ist die Einrichtung über 40 Jahre alt. Diese 40 Jahre sind nicht nur an der zum Teil maroden baulichen Substanz deutlich zu erkennen. Architektur, Raumgröße Schallschutz und Raumaufteilung entsprechen nicht mehr dem heutigen Standard von Kindertagesstätten.

Hierzu fragen wir die Verwaltung:

1. Sind in der Zukunft (absehbarer Zeit) Maßnahmen hinsichtlich Verbesserung des baulichen Zustandes, Verbesserung der Infrastruktur bzw. ein Neubau der Kindertagesstätte vorgesehen?
2. Ab welchem Zeitpunkt kann mit einer Verbesserung der z. Zt. bestehenden Gegebenheiten gerechnet werden ?

Frau Raab beantwortete die Fragen wie folgt:

Zu 1.)

Mit der beschlossenen Programmdrucksache 2198/2007 Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten für die Jahre 2008-2011 wurden Objekte für eine Gesamtanierung und Neubau genannt. Kriterium für die Auswahl war vor allem die baufachliche Dringlichkeit. In allen nicht genannten Kindertagesstätten u.a. auch Kita Chemnitzer Straße 3 sind in absehbarer Zeit keine größeren Bau- oder Umbaumaßnahmen geplant

zu 2.)

Nach Abarbeitung des o.g. Programms unter der Voraussetzung, dass für dieses Programm die erforderlichen Mittel aber auch danach Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Welche Objekte nach dem Sanierungsprogramm 2008-2011 saniert werden müssen, hängt wie im vorgenannten Programm von der baufachliche Dringlichkeit ab.

Unabhängig vom Sanierungsprogramm werden Sicherheits- und Teilsanierungsmaßnahmen, sowie Maßnahmen der baulichen Unterhaltung sofern diese erforderlich sind durchgeführt.

**TOP 5.2.
der SPD-Fraktion**

TOP 5.2.1.

Verkehrsbehinderung durch ruhenden LKW/Bus-Verkehr in der Straße Hägewiesen/Dornröschenweg (Drucks. Nr. 15-0016/2008)

Bezirksratsherr Uwe Grunenberg trug die Anfrage vor.

In der Straße Hägewiesen/Dornröschenweg parken in zunehmender Weise LKW und Busse beidseitig in den Parkbuchten und verursachen dadurch eine äußerst unübersichtliche Verkehrssituation für Schul- und für Kindergartenkinder. Die Benutzer der Skateranlage sind davon ebenfalls betroffen.

Die SPD – Bezirksratsfraktion fragt die Verwaltung:

1. Gibt es für parkende LKW besondere gesetzliche Regelungen, die das Parken in bestimmten Bereichen einschränken bzw. untersagen?
2. Wie sind die Zuständigkeiten für das Überwachen des ruhenden LKW-Verkehrs geregelt?
3. In welcher Art und Weise wird die Überwachung in der Praxis durchgeführt und reichen die Kontrollkapazitäten für eine vernünftige Überwachung aus?

Frau Raab beantwortete die Anfrage wie folgt.

Zu 1:

Das Parken für LKWs ist in § 12 Abs. 3a Straßenverkehrsordnung (StVO) geregelt. Gemäß § 12 Abs. 3a StVO ist das regelmäßige Parken in der Zeit von 22 Uhr bis 6 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen mit Kraftfahrzeugen mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 7,5 t sowie mit Kraftfahrzeuganhängern über 2 t zulässiges Gesamtgewicht innerhalb geschlossener Ortschaften in reinen und allgemeinen Wohngebieten, in Sondergebieten, die der Erholung dienen, in Kurgebieten und in Klinikgebieten unzulässig.

Zu 2 und 3:

Neben der Polizei überwacht der mobile Verkehrsaußendienst der Stadt Hannover den ruhenden Verkehr außerhalb der Innenstadt Montag - Freitag in der Zeit von 07:00 bis 16.30 Uhr und im Abenddienst bis 21.00 Uhr, wobei der Abenddienst in den Außenbezirken nur punktuell erfolgen kann. Wenn die LKW oder Busse in der Zeit von 6.00 – 22.00 Uhr auf einem Parkplatz, auf dem kein Verbot für LKW oder Busse besteht, abgestellt sind, haben der Verkehrsaußendienst und auch die Polizei keine Eingriffsmöglichkeit. Wenn es sich um Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 7,5 t handelt, die regelmäßig z. B. in reinen und allgemeinen Wohngebieten in der Zeit von 22.00 Uhr – 6.00 Uhr oder an Sonn- und Feiertagen geparkt werden, könnte die Polizei einschreiten.

Bezirksratsherr Uwe Grunenberg stellte die Zusatzfrage, ob der Verwaltung bekannt sei, dass an der beschriebenen Stelle "gelbe Füße" auf dem Boden markiert seien, die für Schulanfänger die beste Querungsmöglichkeit für ihren Schulweg anzeigen sollen, welche jedoch hier durch das Parken von großen LKW und Reisebussen in ihrer Sicht völlig behindert seien.

Frau Raab bat darum, dass **Herr Schulz** als Kontaktbeamter dazu Stellung nehmen dürfe.

Bezirksbürgermeister Battefeld gab Herrn Schulz im Einverständnis mit dem Bezirksrat als Sachverständigem das Wort.

Herr Schulz räumte ein, dass er selbst die geschilderte Verkehrssituation nicht kenne, dass er jedoch den Sachverhalt an seinen Kollegen Herrn Döring weiterleiten werde, der für diesen Bereich zuständig sei. Wenn hier tatsächlich Verstöße gegen die StVO vorlägen, würden diese geahndet werden.

Herr Schulz erläuterte, dass die "gelben Füße" mit Sicherheit von der Polizei aufgesprüht worden seien, als dort keine parkenden LKWs gestanden hätten und auch nur einen symbolischen und keinen verkehrsrechtlichen Wert hätten.

Bezirksratsherr Uwe Grunenberg gab zu bedenken, dass Schulanfänger von Verkehrswacht, ADAC und Polizei mit Hilfe dieser Füße angehalten würden, einen bestimmten Schulweg zu benutzen. Vor diesem Hintergrund müsse man überlegen hier einzuschreiten.

Bezirksbürgermeister Battefeld bestätigte, dass ihm selbst auch mehrfach aufgefallen sei, dass dort mehrere LKW abends parken würden.

Bezirksbürgermeister Battefeld bat eine Einwohnerin, die sich zu Wort gemeldet hatte, um Verständnis, dass sie nicht mehr zu Wort kommen könne und verwies sie auf die Einwohnerfragestunde zu Beginn der Sitzung.

Bezirksratsherr Wruck ergänzte, dass das Problem nicht nur in der Straße Högewiesen, sondern auch in der Straße Holzwassen auftrete, wo auch LKW in großer Anzahl parkten.

Bezirksbürgermeister Battefeld bestätigte diese Aussage und ergänzte darüber hinaus, dass auch im nördlichen Teil der General-Wever-Straße Parkbuchten häufig nachts von LKWs belegt würden, die offenbar auf den Parkplätzen der Autobahn keinen Platz mehr gefunden hätten. Er bitte die Polizei, hierauf verstärkt ein Augenmerk zu haben.

TOP 6. ANHÖRUNGEN

TOP 6.1. Förderung einer Krippengruppe in Trägerschaft des Vereins zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil Sahlkamp e.V. (Drucks. Nr. 0027/2008)

Der Bezirksrat stimmte **einstimmig** zu,

eine Krippengruppe als Kleine Kindertagesstätte (max. zehn Plätze) für Kinder im Alter von ein bis drei Jahren in Trägerschaft des Vereins zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil Sahlkamp e.V. zu schaffen und

ab Erteilung der Betriebserlaubnis, frühestens jedoch ab 01.02.2008, die laufende Förderung für die Krippe (ganztags) auf der Grundlage der Richtlinien über die Fördervoraussetzungen und Förderbeträge für Kindertagesstätten in Trägerschaft von gemeinnützig anerkannten Vereinen zu gewähren.

TOP 6.2.

208. Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan Hannover

Teilbereich 208.2: Lahe / Fachmarktansiedlung "Im Ure"

erneuter Aufstellungsbeschluss, Beschluss zur (erneuten) frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (Drucks. Nr. 3109/2007 mit 3 Anlagen)

Bezirksbürgermeister Battfeld rief die Drucksache auf und erläuterte, dass es sich hierbei um eine Veränderung des ursprünglich bereits beschlossenen Standortes handele. Er fragte, ob es hierzu Erläuterungsbedarf durch den Bezirksplaner gebe.

Bezirksratsherr Hedrich fragte zu Punkt 5.2.4.1 (Seite 14) der Anlage 3, wann der neue für Frühjahr 2008 angekündigte Schall-Immissions-Plan zu erwarten sei. Der an der betreffenden Stelle erwähnte Schall-Immissions-Plan 2000 stimme ja als Grundlage nicht mehr.

Herr Holland antwortete, dass er davon ausgehe, dass dieser noch in diesem Jahr fertig gestellt werde, dass er sich aber im Fachbereich hierzu genauer erkundigen werde und die Antwort mit dem Protokoll genauer gegeben werden könne.

(Protokollhinweis: Der Bereich Stadtplanung (OE 61.15) hat auf Nachfrage Folgendes mitgeteilt:

Mit der Aktualisierung des Schall-Immissionsplanes Hannover 2000 hat die Stadt ein externes Büro beauftragt. Die Fertigstellung und Veröffentlichung ist für Mitte des Jahres 2008 vorgesehen. Der Stadtbezirksrat wird zu gegebener Zeit informiert.)

Bezirksratsherr Emmelmann gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, dass vor dem Hintergrund der wirtschaftspolitischen Bedeutung des Projektes für Hannover erst nachträglich naturschutzfachliche Untersuchungen über das Vorkommen des Wendehalses angestellt werden müssten, die zu einer Verzögerung des Gesamtprojektes geführt hätten, wenn Familie Meisert sich nicht mit dem neuen Ersatzstandort einverstanden erklärt hätte.

Bezirksratsherr Hedrich fragte ergänzend, inwieweit die Untersuchungen auf dem ursprünglichen Gelände dennoch fortgeführt würden.

Herr Holland führte aus, dass der Gesamtbereich Im Ure auch im bisherigen Flächennutzungsplan für eine gewerbliche Nutzung und Bebauung vorgesehen gewesen sei. Hierfür seien gutachterliche Untersuchungen anzustellen, die in diesem Frühjahr in einem ausgeweiteten Untersuchungsgebiet stattfinden würden, um die Aussagen in dem vorliegenden Gutachten bezüglich des Brutgebietes oder nur vorübergehenden Aufenthalts der Vogelart zu überprüfen. Solange könne das Planverfahren, also auch das Änderungsverfahren zum Regionalen Raumordnungsprogramm nicht durchgeführt werden. Seit dem vergangenen Jahr gebe es eine neue rechtliche Bewertung durch den Europäischen Gerichtshof bezüglich des Arten- und Naturschutzrechtes, der die Ausnahmetatbestände im niedersächsischen und Bundes-Naturschutzgesetz als zu großzügig bemessen und damit dem europäischen Artenschutzrecht zuwiderlaufend rügte. Dadurch gab es bei der Bewertung des Gutachtens im vergangenen Jahr eine andere Rechtslage als

in der bisherigen Praxis, weshalb die Region sich nicht in der Lage sah, die artenschutzrechtliche Befreiung in Aussicht zu stellen. Durch die Blockierung des Planverfahrens hätte es insofern für Familie Meisert auf dem ursprünglich angedachten Fläche keine Rechtssicherheit gegeben, bis die entsprechenden Untersuchungen abgeschlossen seien. Daher habe man sich mit dem Investor auf den Alternativstandort geeinigt.

Bezirksratsherr Dr. Späth bat um die Erlaubnis, zum besseren Verständnis vorzutragen zu dürfen, worum es sich bei dem Wendehals handele. und verlas eine Information über Charakteristika und Lebensraum dieser Spechtart

Bezirksbürgermeister Battefeld bedankte sich für die Klarstellung.

Bezirksratsherr Wruck bemerkte, dass der Alternativstandort für die Familie Meisert sogar günstiger sei, fragte aber danach, ob auch hier die Gefahr von artenschutzrechtlichen Bedenken bestehe.

Herr Holland antwortete, dass das Gutachten aus dem Jahr 2005 bereits den gesamten Bereich Im Ure umfasste und dort keine derartigen Vorkommen von Pflanzen oder Tierarten festgestellt worden seien. Die nun in Rede stehenden Fläche werde zur Zeit als Baumschulfläche genutzt und sei damit weniger problematisch in dieser Hinsicht.

Bezirksbürgermeister Battefeld ließ über die Drucksache abstimmen.

Der Bezirksrat stimmte **einstimmig** zu,

1. die Fortführung des 208. Änderungsverfahrens für den Teilbereich 208.2 für die in der Anlage 3 bezeichneten Flächen zu beschließen (erneuter Aufstellungsbeschluss),
2. die in der Anlage 3 dargelegten allgemeinen Ziele und Zwecke für die Änderung des Flächennutzungsplanes für den dort bezeichneten, geänderten Bereich zu beschließen,
3. die Durchführung der erneuten frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (Unterrichtung und Erörterung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB auf die Dauer eines Monats) zu beschließen.

TOP 7.

ENTSCHEIDUNGEN

TOP 7.1.

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1712

- Lahe / Garten- und Zoofachmarkt "Im Ure" -

Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit

(Drucks. Nr. 15-3110/2007 mit 5 Anlagen)

Bezirksbürgermeister Battefeld betonte, dass es sich bei der nun folgenden Drucksache um den einzigen Punkt in diesem Verfahren handele, der in die Entscheidungskompetenz des Bezirkrates falle und ließ über die Drucksache abstimmen.

Der Bezirksrat beschloss **einstimmig**:

1. den allgemeinen Zielen und Zwecken des Bebauungsplanes Nr. 1712
 - Ausweisung eines Sondergebietes für einen Garten- und Zoofachmarkt (Teilbereich A)
 - Ausweisung einer Fläche für Maßnahmen nach naturschutzrechtlichen Vorschriften (Teilbereich B)

entsprechend der Anlagen 2, 3, 4 zuzustimmen;

2. die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit durch Auslegung in der Bauverwaltung auf die Dauer eines Monats zu beschließen.

TOP 7.2.

EIGENE MITTEL des Stadtbezirksrates

TOP 7.2.1.

Erneuerung Außengelände (Beihilfeantrag Nr. 43/2007) (Drucks. Nr. 15-0087/2008)

Der Bezirksrat bewilligte **einstimmig** nachstehende Zuwendung:

Empfänger : DRK Kita Hägewiesen

Betrag : bis zu 2.100,00 €, wenn die Gesamtfinanzierung gesichert ist

Verwendungszweck : Erneuerung Außengelände
(Beihilfeantrag Nr. 43/2007)

TOP 7.2.2.

Stadtbezirksratsempfang (Drucks. Nr. 15-0088/2008)

Der Bezirksrat beschloss **einstimmig**:

Der Bezirksrat führt auch in 2008 seinen alljährlichen Bezirksratsempfang durch. Die hierfür erforderlichen Mittel werden aus den eigenen Mitteln des Bezirksrates zur Verfügung gestellt.

TOP 8.

A N T R Ä G E

TOP 8.1.
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

TOP 8.1.1.
Fußgänger/Radfahrer-Ampel an der Querung Peter-Strasser-Allee / Kugelfangtrift
(Drucks. Nr. 15-0008/2008)

Bezirksratsfrau Krämer brachte den Antrag ein und begründete ihn.

Der Bezirksrat beschloss **einstimmig**:

Die Verwaltung wird gebeten, für die Querung Peter-Strasser-Allee / Kugelfangtrift eine Ampel für Fußgänger und Radfahrer einzurichten (bzw. deren Errichtung in die entsprechende Warteliste aufzunehmen), mit der bei Bedarf eine sichere Überquerung angefordert werden kann.

TOP 8.2.
der CDU-Fraktion

TOP 8.2.1.
Beleuchtung der Betriebs- und Parkplatzfläche des Jugendzentrums Camp
Vahrenheide
(Drucks. Nr. 15-0002/2008)

Bezirksratsherr Dr. Späth brachte den Antrag ein und begründete ihn.

Der Bezirksrat beschloss **einstimmig**:

Die Verwaltung wird gebeten zu veranlassen, dass bei der auf dem Grundstück des Jugendzentrums platzierten Doppelleuchte (Westseite des Vorplatzes) die defekte Leuchtröhre ersetzt und die beabsichtigte Leuchtwirkung derselben durch Baumrückschnitt wiederhergestellt wird.

TOP 8.2.2.
Verkehrssicherheit Straße "Meierwiesen, General-Wever-Straße
(Drucks. Nr. 15-0004/2008)

Bezirksratsherr Dewenter brachte den Antrag ein und begründete ihn.

Der Bezirksrats beschloss **einstimmig**:

Die Verwaltung wird gebeten, zusätzlich zu den Beschlüssen des Bezirkrates vom 05. Dezember zur Verkehrslage Straße "Meierwiesen" und Fußgängerampel "General-Wever-Straße/Kiefernpfad/Meierwiesen" (DS 15-3042/2007 und DS 15-3053/2007) mitzuprüfen, die im dortigen Bereich an der Ostseite der "General-Wever Straße" aufgestellte Litfasssäule zu entfernen bzw. versetzen zu lassen.

TOP 8.2.3.
Pflegezustand des Grundstückes Plauener Straße 35 A in Nachbarschaft zur

Neubebauung des früheren Klingenthal-Areals (Drucks. Nr. 15-0005/2008)

Bezirksratsherr Dr. Späth brachte den Antrag ein und begründete ihn.

Bezirksratsherr Meyer fragte nach, um welchen Teil des Grundstückes es sich genau handeln solle, um den sich die GBH kümmern solle.

Bezirksratsherr Dr. Späth erläuterte die Örtlichkeit aus seiner Sicht und dass er das gesamte Areal meine, insbesondere die Nordseite gegenüber den neuen Häusern im ehemaligen Klingenthal.

Bezirksratsherr Meyer erklärte, dass ein Teil der Fläche, der gegenüber der Baugrundstücke liege und auf dem zur Zeit Erde abgelagert werde, der Stadt gehöre und bat Herrn Frenzel, klarzustellen, um welchen Teil des Grundstückes es sich genau handeln solle.

Bezirksratsherr Harry Grunenberg erläuterte, dass Teile des Grundstückes der Wohneigentümergeinschaft Plauener Straße 31-35 gehöre. Lediglich die Garage mit dem Anbaubereich 35a gehöre der GBH und daher würde man dem Antrag auch zustimmen.

Bezirksbürgermeister Battenfeld bat **Herrn Frenzel** als Sachverständigen um eine Klarstellung.

Herr Frenzel erläuterte, dass der Zugang zur ehemaligen Nachbarschaftsinitiative und heutigen Stadtteilgemeinschaftsraum von der Nordseite her erfolge, beschrieb die weitere Örtlichkeit und meinte, eine Aufwertung sei wünschenswert.

Bezirksratsherr Dr. Späth wandte ein, dass es um das Außengelände gehe, welches der GBH gehöre.

Bezirksratsherr Bodirsky beantragte Ende der Debatte. Der Bezirksrat stimmte diesem Antrag einstimmig zu.

Der Bezirksrat beschloss **einstimmig**:

Die Verwaltung wird gebeten, mit dem Eigentümer des Grundstückes Plauener Straße 35a, der GBH in Verhandlungen mit dem Ziel zu treten, dass diese das Areal in ihr Wohnumfeldverbesserungsprogramm aufnimmt.

TOP 8.2.4.

Schutz der Eichenbäume Ecke Sünderstraße/Sahlkamp (Drucks. Nr. 15-0006/2008)

Bezirksratsfrau Kapitza brachte den Antrag ein und begründete ihn.

Bezirksratsherr Bodirsky wandte ein, dass eine potentielle Gefährdung von Bäumen an vielen Stellen des Stadtbezirkes vorliege und stellte in Frage, dass an der beschriebenen Stelle ein besonderer Parkdruck vorliege, der entsprechende Schutzmaßnahmen erforderlich mache.

Bezirksratsherr Meyer gab zu bedenken, dass es nicht für jede derartige

Maßnahme einen Antrag im Bezirksrat geben solle, da entsprechende Anliegen auch durch einen Anruf in der Fachverwaltung eingebracht werden könnten.

Bezirksratsfrau Kapitza erwiderte, dass dies auch für Anträge der SPD gelten solle.

Der Bezirksrat beschloss **gegen zwei Nein-Stimmen**:

Die Verwaltung wird gebeten, die nach der Erneuerung der Kreuzung auf der neu entstandenen Fläche zwischen Telefonzelle und Litfasssäule angepflanzten zwei Eichenbäume besser zu schützen, da die aus Holz bestehenden Abgrenzungspfähle teilweise nicht mehr vorhanden sind.

TOP 8.3. der SPD-Fraktion

TOP 8.3.1.

**Bauliche Maßnahmen am Gebäude der Kindertagesstätte Carl – Sonnenschein Haus, Chemnitzer Str. 3
(Drucks. Nr. 15-3102/2007)**

Bezirksratsherr Meyer brachte den Antrag ein und begründete ihn.

Bezirksratsherr Dr. Rose bat die SPD, ihren Antrag um den Zusatz "Die Kita wird nachträglich in das Sanierungsprogramm 2008 - 2011 aufgenommen." zu ergänzen.

Bezirksratsherr Dr. Späth merkte an, dass die im Antrag angegebene Frist sehr kurz bemessen sei und die Formulierung den Eindruck erwecke, als ob es schon eine vorhandene Planung gebe.

Durch Neufassung erledigt

TOP 8.3.1.1.

**Bauliche Maßnahmen am Gebäude der Kindertagesstätte Carl – Sonnenschein Haus, Chemnitzer Str. 3
(Drucks. Nr. 15-3102/2007 N1)**

Der Bezirksrat beschloss die Neufassung **einstimmig**:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob das Gebäude der Kindertagesstätte Carl-Sonnenschein Haus, Chemnitzer Str. 3 modernisiert bzw. erneuert werden kann oder ob es erforderlich ist, das Gebäude abzureißen und einen Neubau zu erstellen. Dazu sollten die möglichen Kosten für die Modernisierung oder für den Neubau des Gebäudes ermittelt und dem Bezirksrat in seiner Sitzung im Mai 2008 berichtet werden. **Die Kita wird nachträglich in das Sanierungsprogramm 2008-2011 aufgenommen.**

TOP 8.3.2.

**Erneuerung des Verkehrsschildes „Getrennter Fuß- und Radweg“ und „Sonderweg Radfahrer“ an der Straßenbahnhaltestelle Papenwinkel
(Drucks. Nr. 15-0007/2008)**

Bezirksratsherr Uwe Grunenberg brachte den Antrag ein und begründete ihn.

Der Bezirksrat beschloss **einstimmig**:

Die Verwaltung wird gebeten, die Verkehrsschilder „Getrennter Fuß- und Radweg“ und „Sonderweg Radfahrer“ an der Straßenbahnhaltestelle Papenwinkel zu erneuern. Dabei sollten gleichzeitig auf dem Fahrrad Verbindungsweg Dresdener Straße – Papenwinkel Fahrradpiktogramme aufgetragen werden.

TOP 8.3.3.

**Aufstellen von Gefahrzeichen 136 („Kinder“) im Stadtbezirk nach der Allgemeinen VwV zur Straßenverkehrsordnung
(Drucks. Nr. 15-0018/2008)**

Bezirksratsherr Harry Grunenberg brachte den Antrag ein und begründete ihn.

Bezirksratsherr Bittner fragte die Antragsteller, ob an sämtlichen anderen Kitas im Stadtbezirk entsprechende Schilder vorhanden seien.

Bezirksratsherr Uwe Grunenberg bejahte dieses aufgrund seiner eigenen Ortsbegehungen.

Der Bezirksrat beschloss **einstimmig**:

Die Verwaltung wird gebeten, das Verkehrszeichen 136(‚Kinder‘) an folgenden Gefahrenbereichen aufzustellen bzw. zu ergänzen:

- Kita Epiphantias Kirchengemeinde
- Kita Carl-Sonnenschein Haus, Chemnitzestr.
- Kita Wietzegraben

TOP 9.

MITTEILUNGEN

Bezirksbürgermeister Battfeld bat nachträglich um Verständnis, dass die Versorgung mit Wasser dieses Mal aufgrund veränderter Bedingungen im Stadtteiltreff etwas unbefriedigend gewesen sei und schloss die Sitzung um 20.47 Uhr.

Für die Niederschrift

Battefeld
Bezirksbürgermeister

Raab
Kordinatorin und

Sachbearbeiterin